



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/152 - 5.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 690

Mängel der europäischen Wirtschaftsplanung	RAP. S. 1
Die Krise um Feldmarschall Lord Alexander	S. 3
Der Verschmelzungsprozess in Süwestdeutschland	S. 5

Für eine europäische Produktionspolitik

RAP, Die Politik der im zweiten Weltkrieg siegreich gebliebenen Mächte ging von Beginn der Nachkriegszeit an auf die wirtschaftliche und damit auf die politische Schwächung Deutschlands hinaus. Diese Politik war so lange einigermaßen sinnvoll, wie es unentschieden war, auf welche Seite des ehemals alliierten Lagers die entscheidenden deutschen Wirtschaftskräfte fallen würden. Sinnlos würde es aber, die Politik der Schwächung durch Verbote, Entflechtungen usw. in den Verträgen fortzusetzen, die angeblich der Vereinigung Europas und insbesondere der Einbeziehung Deutschlands in dieses Europa dienen sollen. Zwar soll das Bonner Vertragswerk die industriellen Verbote für die Bundesrepublik mit dem Tag seiner Ratifizierung aufheben, aber der alte Riegel ist nur durch einen neuen in Gestalt der Montanunion und der Investitionspolitik des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) ersetzt worden. Die Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufs (DKV) sowie die Entflechtung von Schwerindustrie und Grossechemie ist ein Teil des Bonner Vertragswerks selbst.

Die Schwächung Europas durch die Schwächung Deutschlands wird leider immer wieder auch von sozialistischer Seite unterstützt. Im "Populaire", dem Zentralorgan der französischen Sozialdemokraten, stand kürzlich ein Schaubild, das mit dem Nachweis des westdeutschen Übergewichts an Menschen und Grundstoffindustrien die Besorgnisse der anderen europäischen Völker verdeutlichen sollte.

Dabei wurde u.a. gezeigt, dass ungefähr die gleiche Menge Stahl (13-13.5 Mio Tonnen) in Frankreich bei einer Bevölkerung von 42 und in Westdeutschland bei einer Bevölkerung von 48.5 Millionen erzeugt wird, was besagt, dass pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik weniger Stahl erzeugt wird als in Frankreich. Das ist sehr wesentlich, denn die Erfahrung zeigt, dass der Lebensstandard eines modernen Volkes vor allem von der Stahlerzeugung pro Kopf der Bev. bestimmt wird. Die pro Kopf erzeugte Stahlmenge entscheidet darüber, wie gross die Leistung menschlicher Arbeitskraft für Ernährung, Kleidung und Behausung sein ~~muß~~, da die Stahlerzeugung ja die Voraussetzung für die Erzeugung arbeitssparender Maschinen ist. Beispielsweise ergibt sich für Italien bei relativ grosser Arbeitsleistung ein sehr viel niedrigerer Lebensstandard für eine Bevölkerung von reichlich 45 Millionen bei einer Stahlerzeugung von nur drei Millionen Tonnen.

Dem europäischen Gedanken wie der europäischen Zukunft wird von der nationalegoistischen Politik der europäischen Staaten viel Abbruch getan. Denn sie ignoriert, dass die günstigen Standortbedingungen der westdeutschen Stahlproduktion im gesamteuropäischen Interesse voll ausgenutzt werden müssten. Die neuesten statistischen Veröffentlichungen der UNO weisen das nach. Danach ist die Weltproduktion (ohne China und die Mandschurei) an Stahl von 122 900 000 to im Durchschnitt der Jahre 1936-1938 auf 209 336 000 to im Jahre 1951 gestiegen. Die russische Produktion stieg im gleichen Zeitraum um 14 000 000 to, die der Vereinigten Staaten um rd 52.5 Mio to, die europäische (ohne Ostblockstaaten) um nur 10.55 Mio to. In Prozent der Weltproduktion stieg die Stahlproduktion Russlands und der Ostblockstaaten von 18.5 auf 19.5 und die der Vereinigten Staaten von 35.0 auf 45.6; dagegen fiel die Stahlproduktion Europas (ohne Ostblockstaaten) von 38.8 auf 27.8

Auch die Zahlen der UNO beweisen, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands konsequent für die Stärkung Europas eintritt, wenn sie für die völlige wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung Deutschlands kämpft. In diesem Sinne bestätigt sich, dass eine mehr oder weniger versteckte antideutsche Politik antieuropäisch und prorussisch ist.

MILITÄR UND POLITIK

Der Fall des Feldmarschalls Lord Alexander

B.C.London

Seit Jahrhunderten beruhen Englands Grösse als Weltmacht und die Stabilität und Gesetzmässigkeit seines Staatswesens auf dem Prinzip, dass die Regierung zivil, und das Militär lediglich eines ihrer ausführenden Werkzeuge ist, dass also ein grosser Soldat nicht Staatsmann sein kann und darf. Die Herrschaft eines Ludendorff oder eines Boulanger, eines Huerta oder eines Schleicher, wäre im Mutterlande moderner Verfassung undenkbar, und im grossen und ganzen ist England, und mit ihm das gesamte britische Weltreich, das diese Grundsätze übernahm, nicht schlecht dabei gefahren. Einmal nur, vor etwa 130 Jahren, wurde das Prinzip auf kurze Zeit durchbrochen, als König George IV. den Herzog von Wellington zum Premierminister ernannte - mit dem Ergebnis, dass nicht nur der Staat ernststen Schaden erlitt, sondern vor allem, dass das bis dahin gewaltige Ansehen des Siegers von Waterloo, der zäh und geduldig in zwanzigjährigem Kampfe Europa von Napoleons Tyrannenherrschaft befreit hatte, kläglich dahinschmolz.

Der grösste General, den, auf britischer Seite, der zweite Weltkrieg hervorbrachte, ist Feldmarschall Lord Alexander of Tunis. Seine glänzenden Gaben als Stratege und Befehlshaber sind über jeden Zweifel erhaben und in der ganzen Welt, bei Freund und Feind, anerkannt. Nach dem Kriege wurde er, der britischen Tradition folgend, mit einem hohen repräsentativen (d.h.unpolitischen) Amt geehrt, als er zum Vertreter der Krone, zum Generalgouverneur, in Kanada ernannt wurde.

Als vor einigen Monaten der nahezu 78jährige Premierminister Winston Churchill sich endlich davon überzeugen musste, dass es ihm unmöglich sei, neben der Leitung der Regierungsgeschäfte auch noch das Amt des Wehrministers zu verwalten - so sehr auch dessen Glanz und Verantwortung den "grössten Amateurstrategen unserer Zeit" reizten - bestand dieser trotz lebhafter Bedenken seiner Kabinettskollegen darauf, an Feldmarschall Lord Alexander das Amt abzugeben. Bei dieser Entscheidung mag die Eitelkeit des alten Herrn mitgespielt haben, die nur "das Allerbeste vom Besten" im Glanze einer Stellung dulden konnte, die er selbst nur widerstrebend aufgab. Schon damals protestierte die Labour-Opposition mit Schärfe gegen diese Ernennung

die das auf jahrhundertelanger Erfahrung beruhende Prinzip durchbrach. Und nun ist also eben dieser Wehrminister, Feldmarschall Lord Alexander of Tunis, der Mittelpunkt eines politischen Skandals erster Ordnung, eines Skandals, der auf keine Weise seine Ehre oder seinen Ruf als hoher Militär berührt, wohl aber seine politische Kenntnis, seinen politischen Takt, sein politisches Fingerspitzengefühl in Frage stellt, Dinge, ohne die ein Mann in seiner Stellung einfach nicht auskommt.

Schon als Lord Alexander, zum ersten Mal in Washington, (und zwar von amerikanischen Reportern) hörte, die Yalukraftwerke seien gebombt worden, war seine Reaktion nicht politisch, sondern militärisch, als er erklärte, die Werke seien unzweifelhaft rechtmässige militärische Ziele. Dadurch, dass er so das politische Motiv aller militärischen Aktionen ignorierte, versetzte er seine Kabinettskollegen in London, vor allem Aussenminister Eden, in die Zwangslage, ihn kollegial decken zu müssen. Dann aber, in London, nachdem er im House of Lords seinen amtlichen Bericht über die Lage in Korea abgestattet hatte, hielt er am selben Abend vor 500 Gästen (und Pressevertretern des In- und Auslandes) beim Diner des Kanada-Klubs eine Tischrede, in der er u.a. den gefährlichen Mangel einer Mobilreserve in Korea beklagte und hinzufügte, diese Einzelheiten habe er dem Parlament vorenthalten müssen, da der amerikanische General Bradley ihn gebeten hätte, sie "geheim" zu halten. Er sagte also Privatleuten auf einer halb öffentlichen Veranstaltung mit erheblicher publizistischer Resonanz "geheime" Dinge, die er als verantwortlicher Minister pflichtgemäss seinem Parlament hätte berichten müssen - ein Fehler, der sich nur aus der sprichwörtlichen politischen "Unschuld" hoher Militärs erklären lässt.

Die Labour-Opposition fordert jetzt den Rücktritt des Marschalls vom Amte des Wehrministers und seine Ersetzung durch einen zivilen Staatsmann. Aus politischer Erkenntnis und traditionellem Gefühl neigen auch viele Konservative diesem Wunsche zu, den sie jedoch aus Respekt für ihren eigensinnigen alten Chef nicht offen aussprechen möchten. Niemand schiebt die Schuld an dem traurigen Tatbestand dem wohlverdienten Marschall zu, der nur, als ihn sein Vaterland durch Churchills Mund auf ungewohnten, politischen Posten bat, gehorsam und pflichtgetreu dem Rufe folgte. Die volle Verantwortung muss den Premierminister treffen, der trotz seiner oft erklärten Traditions- und Verfassungsliebe den ersten Grundsatz britischer Staatskunst durchbrach: Die unbedingte Herrschaft der Zivilgewalt über das Militär.

Zögernder Südweststaat

Von unserem südwestdeutschen RGH-Korrespondenten

Wenn man die Frage der inneren Verschmelzung der drei Länder zu einem neuen, einheitlich durchkonstruierten Bundesland nach dem Stand der Dinge von heute betrachtet, so zeigen sich erhebliche Widerstände. Aber der staatliche Aufbau wird durchgeführt werden, vielleicht in längeren Fristen, als ursprünglich erwartet, so dass die "Abwicklungsministerien" der bisherigen Länder noch eine Weile länger amtierenden dürften.

Noch weit mehr sind die organisatorischen Zusammenschlüsse vieler Interessentenverbände auf der neuen Landesebene umstritten. Nicht einmal bei den politischen Parteien besteht grosse Neigung zu organisatorischer Einheit. Allein die SPD hat vor einigen Wochen sich als "Landespartei" konstituiert; ihr folgte der BHE. Die FDP, die sich zudem in Württemberg als "Demokratische Volkspartei" sehr selbständig fühlt, ist immer noch in drei selbständige Verbände gegliedert; das gleiche gilt von der DG und selbst von der KP. Die schwierigsten Verhältnisse zeigen sich bei der CDU; ihre sogar vier bisherigen "Landesverbände" marschieren nicht nur organisatorisch getrennt, die Verschiedenheit greift auch in politische Zweckbereiche über.

Die einzige Grossorganisation, die - schon seit 1950 - auf Südwest-Ebene arbeitet, sind die Gewerkschaften. Völlig anders ist die Lage bei ihren Sozialpartnern, den Verbänden der Industrie, des Handels und des Handwerks, das ohnehin in 70 Fachverbände aufgespalten ist. Allerdings wurden neuerdings die Kammern der Industrie, des Handels und des Handwerks auf Landesebene verbunden.

Bei den drei Bauernverbänden besteht wenig Neigung zum Zusammenschluss; andererseits wird von dieser Seite eine repräsentative gemeinsame Vertretung der Landwirtschaft und Forstwirtschaft der Regierung gegenüber gefordert, die notwendigerweise eine Vereinheitlichung voraussetzt. Für den Aussenstehenden völlig unübersichtlich ist die Situation bei den neun kommunalen Spitzenorganisationen im neuen Bundesland. Zwar haben sich alle neun schon Anfang dieses Jahres in einer Badisch-Württembergischen Gemeindekammer zusammengefunden, aber im einzelnen bestehen starke Strömungen, die Zusammenschlüsse auf dem Boden der alten Länder Baden und Württemberg erstreben und zum Teil erreicht haben.

In gleicher Weise bleiben auch die beiden Kirchen getrennt; sie haben hierfür einige sachliche Argumente insofern, als die Katholische Kirche zwei bischöflichen Diözesen zugehört, Freiburg und Rottenburg, während die Evangelische Kirche in Württemberg lutherisch, in Baden ungetauft ist.

Nur die von keiner "Länder-Tradition" belasteten Verbände der Heimatvertriebenen, Kriegsgeschädigten, Kriegsbeschädigten und Heimkehrer haben sich ohne jegliche "partikularistische" Hemmungen auf der neuen Landesebene gefunden. Diese Erscheinung ist mittelbar auch eine Erklärung dafür, wie stark noch immer die Gefühle der alten territorialen Zusammengehörigkeit sind. Umso bedeutsamer wird es sein, welche Formen des neuen Staatsaufbaus die Verfassunggebende Versammlung entwickeln wird.

Verantwortlich: Peter Raunau